



NeFo-Interview

Globaler Bericht des Weltbiodiversitätsrates IPBES: Was muss nun folgen? „Unsere Gesetze und Verordnungen müssen überprüft werden, ob sie die Bedrohungen für unsere natürliche Lebensgrundlage verschärfen oder abmildern“

Dr. Jens Jetzkowitz, Museum für Naturkunde Berlin und Mitautor des Globalen Berichts



Mindestens eine Million Tier- und Pflanzenarten, rund ein Achtel der geschätzten Gesamtzahl an Arten des Planeten, könnte in den nächsten paar Jahrzehnten aussterben, wenn sich die derzeitige Lebens- und Wirtschaftsweise nicht ändert. So lautet eine von vielen schockierenden Ergebnissen, die der kürzlich erschienene Globale Bericht des Weltbiodiversitätsrates IPBES veröffentlicht hat. 80 Prozent des Abwassers, das in Seen, Flüsse und Ozeane eingeleitet wird, unbehandelt bleiben. Innerhalb der letzten 40 Jahre haben wir Menschen den Verbrauch natürlicher Ressourcen verdoppelt und dabei etwa die Hälfte unserer natürlichen Ökosysteme verloren. Der Kollaps sei noch zu verhindern, allerdings nur durch eine unmittelbare Kehrtwende hin zu einer nachhaltigen



Gesellschaft. Diese sei im Sinne des Gemeinwohls, dem sich die Regierungen der Welt ja verschrieben haben, gegen widerstrebende Interessensgemeinschaften durchzusetzen, empfiehlt der Rat.

Für den Bericht haben die internationalen Expertinnen und Experten auch den Stand des Wissens zusammengetragen, über welche Pfade die Menschheit in eine nachhaltigere Gesellschaft gelangt und welche Politikoptionen zur Verfügung stehen, dies zu erreichen. Dr. Jens Jetzkowitz vom Naturkundemuseum Berlin war einer der Autoren, die sich mit diesem Thema befasst haben. Im NeFo-Interview erklärt er, welche notwendigen Entwicklungen aus den Ergebnissen des Berichtes für Deutschland folgen müssten und wo er die vielversprechendsten Ansatzpunkte sieht.

NeFo: Herr Jetzkowitz, das Globale Assessment des Weltbiodiversitätsrates stellt fest, dass die Biodiversität, die Lebensräume und deren Beitrag zu unserem Wohlergehen mit zunehmender Geschwindigkeit schwinden. Warum tangiert das uns in Deutschland und Europa?

Jetzkowitz: Der Verlust von biologischer Vielfalt bedroht global die Integrität von Ökosystemen. Das gilt auch für Ökosysteme in Deutschland. Auch hier sterben, trotz einer weit zurückreichenden Tradition von Naturschutzaktivitäten, Tier- und Pflanzenarten aus. Gegenwärtig sind vor allem aber die Wirkungen besorgniserregend, die Lebens- und Wirtschaftsweisen der Deutschen in anderen Ländern Europas und anderen Regionen der Welt erzeugen. Das Globale Assessment nimmt gerade auch diese Fernverknüpfungen, im Englischen 'telecouplings', ernst.

Weltwirtschaftlich starke Gesellschaften wie Deutschland sind ja Knotenpunkte für den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Informationen. Wenn hier als Standard gesetzt würde, dass beispielsweise Blumenerde nicht aus Hochmoortorf bestehen darf oder in der Tiermast nur ökologisch angebautes Sojaschrot oder heimische Hülsenfrüchte verwendet werden dürften, dann würde das aller Voraussicht nach den Verlust biologischer Vielfalt in anderen Weltregionen deutlich mindern. Man muss dabei im Blick behalten, dass Menschen in anderen Weltregionen auch gut leben wollen. Unsere Produktions- und Konsummuster müssen sich also an Kriterien nachhaltiger Entwicklung orientieren. Hier ist ein Wandel dringend notwendig, um biologische Vielfalt und die Integrität von Ökosystemen global zu erhalten.

NeFo: Was bedeutet das für unser gesellschaftliches Zusammenleben? Wovor müssen wir uns fürchten?

Jetzkowitz: Fürchten? Ich fürchte mich davor, dass dieser Wandel gesellschaftlichen Kräften Auftrieb gibt, die sich blind gegenüber der Notwendigkeit tiefgreifender Veränderungen geben und meinen, man könnte das Versprechen eines stetig steigenden Konsumniveaus aufrechterhalten und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie die Zerstörung von Ökosystemen ewig fortsetzen.



Noch immer sind die Zusammenhänge zwischen der biologischen Vielfalt und unseren Lebensumständen zu wenig bewusst. Denn: Brechen durch die Desintegration von Ökosystemen deren Leistungen für menschliche Gesellschaften weg oder werden vermindert, dann wird das auch unsere Gesellschaften beeinträchtigen. Bodenbildung, Wasserfiltrierung, Luftreinhaltung – alle solche Prozesse, die unsere Gesellschaften wie selbstverständlich voraussetzen, hängen von intakten Ökosystemen ab. Ob dann die Gesellschaften kollabieren oder migrieren oder noch anders reagieren, kann derzeit niemand so genau sagen. Dass im Zuge dieser ökologischen Veränderungen aber auch die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse auf der Erde unvorhersehbaren Veränderungen ausgesetzt sein werden, ist sicher.

NeFo: Wie sah Ihr Beitrag zum Assessment aus? Welche Themen bearbeiten Sie?

Jetzkowitz: Ich habe am 5. Kapitel des Global Assessments mitgearbeitet, in dem Pfade in eine nachhaltigere Zukunft bzw. Gesellschaft ausgeleuchtet und zusammengestellt werden. Dabei haben wir Mechanismen zusammengetragen, mit deren Hilfe solche Pfade eingeschlagen werden können. Denken Sie zum Beispiel an die Finanzwirtschaft. Wenn es dort zu den Standardprozeduren gehören würde, zu prüfen, ob Investments negative Einflüsse auf biologische Vielfalt haben könnten, und sich dies nennenswert bei der Risikobewertung zu Buche schlagen würde, wäre schon ein Schritt in Richtung Nachhaltigkeit getan.

NeFo: Die verschiedenen Szenarien des Global Assessments zeigen, egal welche Politik verfolgt wird, einen weiteren Rückgang der Artenvielfalt, Ökosysteme und Ökosystemleistungen. Lediglich eine Politik, die eine rasche Umstellungen hin zu einer nachhaltigen Nutzung von Ressourcen und Land, Marktreformen, einem weltweit gerechten und moderaten Verbrauch von tierischem Eiweiß und einer Verringerung von Nahrungsmittelverschwendung und -verlust umsetzt, verspricht Besserungen. Wie sähe eine solche transformierte Wirtschaft aus? Was ist die Vision, die die Politik hier vor Augen haben sollte?

Jetzkowitz: Eine vorausschauende Wirtschaftspolitik zu betreiben, die diese Abhängigkeiten abmildert, wäre ein wichtiger Schritt. Dann würden sich die Kräfte in Gesellschaft und Wirtschaft leichter durchsetzen können, die an Marktreformen und einer nachhaltigen Nutzung von Ressourcen und Land Interesse haben. Denn diese Kräfte gibt es ja. Fernziel für diese? Eine ökologisch sensible Gemeinwohlökonomie in einer globalisierten und auf faire Weise telegekoppelten Welt. Würden beispielsweise Firmen wie Bayer ausschließlich mit ökologisch unbedenklichen Pestiziden und Herbiziden Geschäfte machen, ihre Beratung über deren Einsatz hinaus auch auf vorbeugende Maßnahmen wie Fruchtfolge, Düngung, Sortenwahl ausdehnen und Geschäftsabschlüsse nur in Ländern tätigen, die wirksame Programme zur Korruptionsprävention implementiert haben, wäre der Übergang in eine transformierte Wirtschaft – wohlgermerkt: nicht in eine ideale Welt - vollzogen.



Allerdings betrachte ich es nicht als eine sinnvolle Beschäftigung für mich, Visionen zu entwickeln.

NeFo: Sondern?

Jetzkowitz: Ich denke es ist wichtiger, über reale Möglichkeiten zu reden. Ein ganz zentrales Mittel für die realen Entwicklungsmöglichkeiten unserer Gesellschaften ist aus meiner Sicht das Recht. Wie wir wirtschaften, wandelt sich maßgeblich mit den rechtlichen Grundlagen. Hier wird definiert, was erlaubt ist und was nicht. Der Schutz der „natürlichen Lebensgrundlagen“, so heißt es im Grundgesetz, ist ein Staatsziel. Unter den Bedingungen der konkreten Bedrohungen für die natürlichen Lebensgrundlagen, die die IPBES Berichte klar aufzeigen, müssen Gesetze und Verordnungen nun daraufhin überprüft werden, inwieweit sie die Bedrohungslage verschärfen oder abmildern.

NeFo: Und damit kann erreicht werden, dass Firmen wie Bayer sich am Gemeinwohl orientieren?

Jetzkowitz: Mittels Recht lassen sich auch die Weichen stellen, um wirtschaftliche Akteure – öffentliche Haushalte, Betriebe und Privatpersonen – so zu beeinflussen, dass die Erhaltung biologischer Vielfalt in ihren Kalkulationen berücksichtigt wird. Dass das vielfach nicht funktioniert und sich die Interessen weniger, aber mächtiger wirtschaftlicher Akteure ins Recht mogeln und notwendige Transformationsprozesse blockieren oder verflachen, hat mit fehlender Transparenz von politischen Prozessen zu tun und mit der Abhängigkeit der Politik von Arbeitsplätzen. Transparenz des Lobbyismus¹ in politischen Prozessen auf allen Ebenen wäre daher aus meiner Sicht eine wesentliche Voraussetzung, um den Transformationskräften in der Wirtschaft den Rücken zu stärken.

NeFo: Für das Global Assessment wurden nun endlich die Haupttreiber für den Verlust der biologischen Vielfalt nach Bedeutung hierarchisch geordnet. Haupttreiber ist die Land- bzw. Gewässernutzung. Sollte also entsprechend ein Schwerpunkt auf den Bereich der Agrarpolitik gelegt werden, um den größten Nutzen zu erzielen?

Jetzkowitz: Für Deutschland und Europa ist das aktuell sicher der erste Schritt, und der muss sofort erfolgen. Auch die Fischerei- und die Forstpolitik darf man hier nicht vergessen. Neben den direkten Ursachen für den Verlust von biologischer Vielfalt müssen aber auch die im Hintergrund wirksamen, indirekten Treiber in den Blick genommen werden. Da könnte die Forschung schon weiter sein.

Es lassen sich zum Beispiel deutliche Indizien erkennen, dass sich ökonomische Ungleichheit negativ auf biologische Vielfalt auswirkt. Außerdem wirkt sich die Intransparenz von Finanz- und Informationsströmen ungut aus. 68 % des Kapitals in der Soja- und Rindfleischproduktion und 70 % des Kapitals in der illegalen Fischerei fließt durch sog. Steueroasen. Dass sich auch europäische



Staaten am Wettbewerb um niedrige Besteuerung von Privatpersonen und Unternehmen und der Geheimhaltung von angelegten Geldern beteiligen, kann man natürlich als Beleg für die zweifelhafte Moral der politischen und wirtschaftlichen Eliten betrachten. Oder auch zum Anlass nehmen, die zunehmende Orientierung des Diskurses um das massenhafte Artensterben an Gerechtigkeitsidealen zu bekräfteln.

Hilfreicher wird es aber sein, mit weiteren Forschungen die Verwobenheit von gesellschaftlicher und ökologischer Komplexität zu durchleuchten und dieses Wissen für Restrukturierungen biodiversitätsbezogener Herrschaftsstrukturen zu nutzen. Letzteres ist allerdings ein Projekt, dessen Realisierung ich nicht in naher Zukunft erwarte.

NeFo: Das Globale, wie auch schon das im letzten Jahr erschienene Regionale Assessment zu Europa und Zentralasien bezeichnen das aktuelle Wirtschaftsverständnis als problematisch: Die globalen Finanz- und Wirtschaftssysteme müssten weiterentwickelt werden und sich vom derzeit begrenzten Paradigma des Wirtschaftswachstums sowie den üblichen Wirtschaftsindikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt entfernen, um Lebensqualität unabhängig vom Ressourcenverbrauch messen zu können. Eine solche Entwicklung könne durch eine Mischung aus Politiken und Instrumenten (wie Anreizprogrammen, Zertifizierungs- und Leistungsstandards) und international einheitlicheren Steuern ermöglicht werden. Reichen solche Politikinstrumente tatsächlich aus, um einen Paradigmenwechsel herbeizuführen? Von wem muss der Impuls zu einer Änderung kommen?

Jetzkowitz: Paradigmenwechsel oder tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungsprozesse müssen immer gegen Kräfte durchgesetzt werden, die vom *Status Quo* maßgeblich profitieren oder auch nur profitieren zu glauben. Treibende Kräfte für Veränderungen sind in der Regel Gruppen, die – einer Idee von alternativen gesellschaftlichen Verhältnissen folgend – in Konflikt geraten mit den Beharrungskräften der alten Ordnung. Dieses Erklärschema für tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel passt nicht recht auf die Problematik des Natur-Gesellschaft-Verhältnisses. Hier gibt es nicht das eine emanzipative Projekt oder die eine unterdrückte Klasse.

Zwar wissen wir aus einer Reihe von Studien, dass es einen Zusammenhang zwischen zunehmender ökonomischer Ungleichheit und Biodiversitätsverlust gibt. Aber weder sind die Mechanismen hinter diesem Zusammenhang völlig verstanden, noch können wir davon ausgehen, dass die ökonomisch schlechter Gestellten zum revolutionären Subjekt veränderter Natur-Gesellschaft-Verhältnisse werden. Sie möchten – wenn ich das mal so vereinfachend sagen darf – ihren Anteil vom großen Kuchen wirtschaftlichen Wachstums und materiellen Wohlergehens haben. An den Konflikten von Landlosenbewegung und Umweltschutzbewegung in Lateinamerika lässt sich das gut verdeutlichen.



Aber mittlerweile hat sich eine neue Konfliktlage ergeben: Das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ besagt, dass unsere gesellschaftliche Gegenwart nicht zu Lasten künftiger Generationen wirtschaften dürfe. Dass junge Menschen das aktuell ernst nehmen und im Rahmen von „Fridays For Future“ den professionellen politischen Akteuren ihr Versagen vorhalten, die Emissionen klimaschädlicher Gase und das Massenartensterben zu beenden, kann zur Entlegitimierung dieser Akteure führen. Vielleicht ist das ein ausreichendes Warnsignal, die existierenden Hebel und Ansatzpunkte für gesellschaftlichen Wandel – die übrigens im Global Assessment beschrieben und in ihrer Wirksamkeit dargestellt sind – auch zu verwenden. Die Einsicht, dass dies dringend notwendig ist, durchzieht mittlerweile alle gesellschaftspolitischen Lager, von linken, an Postwachstumsideen orientierten Gruppierungen bis hin zu McKinsey-Protagonisten.

NeFo: Der letzte IPCC-Report war ähnlich alarmierend wie jetzt der Globale IPBES-Bericht. Dennoch passierte auf politischer Ebene nichts. Erst durch die 16-jährige Greta Thunberg kommt nun Bewegung in die Gesellschaft. Welche Impulse erwarten Sie bzw. erhoffen Sie sich durch den IPBES-Bericht?

Jetzkowitz: Tatsächlich hoffe ich derzeit, dass das Global Assessment ein Kipppunkt im öffentlichen Bewusstsein darstellen kann, ähnlich wie der Stern-Report über die Economics of Climate Change. Sicherlich ist es nicht allein dieser Bericht. Der muss als Initialzündler und auch als evidenzbasierte Grundlage für gesellschaftliche Forderungen aufgegriffen werden. Bewegungen wie „Fridays for Future“ sind dafür unbedingt wichtig, da er die Lernfähigkeit demokratischer Politik herausfordert.

NeFo: Wer müsste den Bericht aus Ihrer Sicht vor allem lesen?

Jetzkowitz: Als ich mich zu Beginn des Assessmentprozesses mit Ko-Autorinnen und Ko-Autoren beim Empfang, den der Oberbürgermeister in Bonn für das Team ausgerichtet hatte, über unsere Erwartungen an die zukünftigen Rezipienten des Berichts und seine möglichen Folgen unterhielt, teilten wir alle eine weitgehend gedämpfte, nüchterne Erwartungshaltung. Als wichtigste Zielgruppe hatten wir die Vereinten Nationen mit verschiedenen Haupt-, Neben- und Sonderorganisationen im Blick. Mir persönlich war es damals wichtig, dass der UN-Wirtschafts- und Sozialrat, aber natürlich auch UNESCO, UNEP, UNDP, FAO u.a. ihre Aufmerksamkeit auf Artensterben und die Erhaltung von Ökosystemen und ihrer Integrität legen. Insbesondere die Finanzorganisationen wie Weltbank, IWF und IFAD hatte ich mir als Rezipienten gewünscht. Der biologischen Vielfalt wäre global schon geholfen, so dachte ich damals, wenn die Geldquellen für biodiversitäts- und klimaschädliche Infrastrukturprojekte – Staudambauten, Shrimps-Aquakulturen, Kohlekraftwerke – versiegen und damit auch diese nicht-nachhaltigen Entwicklungspfade entlegitimiert würden.

NeFo: Was hat Ihr Bild verändert?



Jetzkowitz: Als wir anfangen, die Fakten zusammenzutragen, das Bild über die dramatische Lage klar wurde und der Bericht bei seiner Veröffentlichung recht große mediale Aufmerksamkeit erhielt, hat sich das etwas geändert. Insbesondere die „Aktuelle Stunde im Bundestag“ am 10.5.2019 hat in mir den Wunsch aufkommen lassen, dass alle, die öffentliche Verantwortung über die Gestaltung unserer Lebensverhältnisse tragen, insbesondere die Parlamentarier, diesen Bericht sehr genau lesen, bevor sie anfangen, ihn zu interpretieren. Ich empfehle insbesondere die Kapitel 5 und 6, weil dort der Stand des Wissens über Pfade in eine nachhaltigere Gesellschaft und über Politikoptionen zusammengetragen ist. Der politische Wettbewerb kann sich zukünftig darum drehen, mit welchem konkreten Mix aus Maßnahmen die Gestaltungsräume unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens wie abgesteckt werden können. Welche Ansatzpunkte und Hebel dabei benutzbar sind und welche wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse mit welchen politischen Handlungsoptionen vorliegen, lässt sich im aktuellen Global Assessment nachlesen.

NeFo: Zwar ist der Bericht nun über die große Medienresonanz bei einer großen Mehrheit der Bevölkerung angekommen. Erfahrungsgemäß werden solche Berichte, die von einer übergeordneten Politikebene kommen, auf niedrigerer Ebene für wenig relevant und kompatibel zu Alltagsentscheidungen gehalten. Wie kann die Brücke zu Kommunal- und Lokalpolitik und Verwaltung geschlagen werden, also die IPBES-Botschaften diejenigen gebracht werden, die die Transformation vor Ort umsetzen müssen?

Jetzkowitz: Gute Frage. Mich haben als Rückmeldungen zu einigen Interviews, die ich im Zuge der Veröffentlichung des Global Assessments gegeben habe, Zuschriften mit dem Tenor erreicht, dass ,erstens, all diese Fakten zum Massenartensterben sowieso schon bekannt seien und, zweitens, die Politiker ja die von der Wissenschaft empfohlenen Politikoptionen einfach nicht zu zielführenden Maßnahmen entwickeln würden. Gemeint sind dann zumeist die Regierungschefs oder zwischenstaatlichen Organisationen. Und natürlich stimmt es, dass beispielsweise internationale Abkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt in den Meeren nicht ohne diese übergeordnete Politikebene entstehen und in ihrer Wirksamkeit kontrolliert werden.

Aber auch in der Lokal- und Kommunalpolitik kann gehandelt werden. Hier gibt es auch unter bestehenden Gesetzeslagen Handlungsspielräume für die Reduzierung biodiversitätsschädigender Maßnahmen. Kein Bauhofleiter ist gesetzlich gezwungen, Glyphosat oder ähnlich schädigende Substanzen zur Pflege öffentlicher Flächen einzusetzen. In Absprache mit dem Gemeindevorstand können selbstverständlich andere Praktiken etabliert werden.

Und auch wenn man die Einfallslosigkeit der Bundes- und Landespolitik in Deutschland rügen muss: Den Kommunen andere selbstständige Finanzierungsquellen zu erschließen als die zum Flächenverbrauch treibende Gewerbesteuer, müssen die Kommunen nicht naturgesetzgleich ein Gewerbegebiet nach dem anderen ausschreiben. Es hängt nicht alles allein an der vermeintlich ,großen Politik'. Im Global Assessment sind eine Vielzahl von Hinweisen gesammelt, was auch



Unternehmen, die einzelnen Bürger, Stiftungen, NGOs und so weiter tun können. Das findet sich schon in der bereits veröffentlichten Summary for Policymakers, im Anhang in der ersten Tabelle.

Diese Hinweise sind nicht ganz konkret. Wir dürfen als Autoren nämlich nach den Regularien, die für die Berichterstellung gelten, nicht politische Maßnahmen vorschreiben. Aber mit nur wenig Phantasie und einem Gefühl für die Optionen im eigenen Gestaltungsbereich kann hier jeder Bürgermeister, jede Unternehmerin, jeder Stiftungsrat Maßnahmen ableiten, die biologische Vielfalt schützen und Ökosystemdienstleistungen aufrechterhalten. In Zweifelsfällen sind die Naturschutzbehörden mit ihren Fachämtern oder auch die Umwelt- und Naturschutzvereine auskunftsfähig.

Das Interview führte Sebastian Tilch

IMPRESSUM

Das Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (NeFo) ist ein Projekt gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Das Projekt wird maßgeblich durchgeführt vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ Leipzig und dem Museum für Naturkunde Berlin (MfN). Weitere Informationen und Hinweise zum NeFo-Projekt und Team unter www.biodiversity.de.